

DIE MENSCHENRECHTSSITUATION IN PALÄSTINA/ ISRAEL

ZAHLEN UND FAKTEN

DIE VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE UND DES VÖLKERRECHTS AUF PALÄSTINENSISCHER SEITE:

- Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht/ rechtswidrige Tötungen/ Tötung und Verletzung israelischer Zivilpersonen
- Todesstrafe und Hinrichtungen
- Rechtswidrige Tötung von mutmaßlichen „Kollaborateuren“ durch bewaffnete palästinensische Gruppen
- Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie Ehrenmorde
- Sexualisierte Gewalttaten gegenüber Israelis durch bewaffnete palästinensische Gruppen
- Geiselnahme von israelischen Zivilpersonen durch bewaffnete palästinensische Gruppen
- eingeschränkte Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, unverhältnismäßige Gewaltanwendung der Polizei gegen Demonstrierende
- Willkürliche Festnahmen von Kritiker*innen/ Verschwindenlassen von Häftlingen/ Folter und Misshandlung in palästinensischer Haft
- Willkürliche Festnahmen und Misshandlung von LGBTI+-Personen
- Eingriffe in die Unabhängigkeit der Justiz
- Verletzung des Rechts auf eine gesunde Umwelt

DIE VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE UND DES VÖLKERRECHTS AUF ISRAELISCHER SEITE:

- Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht/ Genozid/ rechtswidrige Tötungen/ Apartheid
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit/ Kollektivstrafe/ Einschränkung wirtschaftlicher sozialer und kultureller Rechte und des Rechts auf Gesundheit der Palästinenser*innen
- Rechtswidrige Blockade des Gazastreifens
- Häuserzerstörung, Vertreibung und Zwangsumsiedlung
- Willkürliche Verhaftungen, Verwaltungshaft/ Haft ohne Kontakt zur Außenwelt/ Verschwindenlassen von Häftlingen/ Besuchsverbote für ICRC+ Familienangehörige + unfaire Gerichtsverfahren
- Folter und Misshandlung in israelischer Haft
- Siedlungsbau/ Landnahme/ Siedlergewalt/ Zwangsumsiedlung
- Entzug des Aufenthaltsrechts für Palästinenser*innen in Jerusalem
- Verhinderung von palästinensischer Familienzusammenführung
- Diskriminierung von nicht-jüdischen Bürger*innen Israels durch Nationalitätsgesetz
- Verweigerung des Zugangs zu einem fairen und zügigen Feststellungsverfahren über ihren Flüchtlingsstatus für Asylsuchende aus Eritrea und dem Sudan
- Inhaftierung von Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen
- Gewalt gegen Frauen und Mädchen und fehlende Handlungsbereitschaft der israelischen Polizei, Gewalttäter vor Gericht zu bringen
- Verletzung des Rechts auf eine gesunde Umwelt

AMNESTY INTERNATIONAL

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Koordinationsgruppe Israel und besetztes palästinensisches Gebiet/ Palästina

Roonstraße 71, 50674 Köln

T: +49 221 121415 . F: +49 221 121563

E: info@amnesty-israel-palaestina.de, W: <https://amnesty-israel-palaestina.de/>

SPENDENKONTO IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 .

Bank für Sozialwirtschaft . BIC: BFSWDE33XXX (2415)

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



DIE FORDERUNGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL:

An die Hamas und weitere bewaffnete Gruppen im Gazastreifen:

- sofortige Freilassung aller Zivilpersonen, die weiterhin im Gazastreifen als Geiseln festgehalten werden. Alle Gefangenen müssen bis zu ihrer Freilassung human behandelt werden und medizinische Versorgung muss gewährleistet werden. Unabhängigen Beobachter*innen (wie bspw. vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes) muss sofortiger Zugang zu den Geiseln gewährt werden

An alle Konfliktparteien im besetzten Gazastreifen und in Israel:

- sofortiger Waffenstillstand, um weitere Verluste unter der Zivilbevölkerung zu verhindern und den Zugang zu lebensrettenden Hilfsgütern für die Menschen im Gazastreifen sicherzustellen.
- Rechtswidrige Angriffe, einschließlich wahlloser Angriffe, direkte Angriffe auf Zivilist*innen und zivile Objekte sowie unverhältnismäßige Angriffe müssen sofort beendet werden.

An die israelische Regierung:

- Zulassung der ungehinderten Lieferung humanitärer Hilfe an die Zivilbevölkerung des besetzten Gazastreifens
- Aufhebung der seit fast 18 Jahren andauernden rechtswidrigen Blockade des Gazastreifens
- Beendigung des Genozids an der palästinensischen Bevölkerung im besetzten Gazastreifen
- Beendigung der seit 1967 andauernden rechtswidrigen Besatzung des Gazastreifens und des Westjordanlands (einschließlich Ost-Jerusalem)
- Abschaffung des israelischen Apartheidsystems gegen alle Palästinenser*innen und die Aufhebung der Maßnahmen zur Ausgrenzung, Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenser*innen
- Zugangsgewährung einer unabhängigen Untersuchungskommission in das besetzte palästinensische Gebiet.
- Freilassung aller unrechtmäßig inhaftierten Palästinenser*innen, einschließlich derjenigen, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft gehalten werden.

An die internationale Gemeinschaft:

- Verhängung eines umfassenden Waffenembargos gegen alle Konfliktparteien, da schwerwiegende Verstöße, die Verbrechen nach dem Völkerrecht darstellen, begangen werden.
- Ergreifung von Maßnahmen sodass beide Seiten Angriffe auf Zivilpersonen und weitere Verstöße gegen die Menschenrechte und das internationale Recht sofort einstellen.
- Unterdrucksetzung von beide Seiten, damit diese schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen bestrafen.
- Sicherstellung, dass die Besatzungsmacht Israel ihre Verpflichtungen erfüllt.
- Sicherstellung, dass jedweder Friedensprozess konkrete Bestimmungen zur Einhaltung der Menschenrechte enthält

LINKS

<https://amnesty-israel-palaestina.de/>

<https://www.amnesty.de/israel-palaestina-gaza-nahostkonflikt>



AMNESTY INTERNATIONAL

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Koordinationsgruppe Israel und besetztes palästinensisches Gebiet/ Palästina

Roonstraße 71, 50674 Köln

T: +49 221 121415 . F: +49 221 121563

E: info@amnesty-israel-palaestina.de . W: <https://amnesty-israel-palaestina.de/>

SPENDENKONTO IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 .

Bank für Sozialwirtschaft . BIC: BFSWDE33XXX (2415)

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

